

Bezugspreis:

Vom 16.-22. Sept. 4 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 5 100 000 M. für das übrige Ausland 6 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vormärz“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormärz Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2306-2307

Donnerstag, den 20. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 275 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 200 Mark. Kleinanzeige 200 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 Mark. (zweifache zwei fertige Wörter) jedes weitere Wort 60 Mark. Stellenangebote das erste Wort 60 Mark., jedes weitere Wort 30 Mark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Mark. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl gerechnet 12 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Englisch-französische Annäherung.

Paris, 19. September. (WLB.) Die englische Botschaft veröffentlicht folgenden Bericht über die heute nachmittag erfolgte Unterredung zwischen dem englischen Premierminister Stanley Baldwin und dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré: Heute nachmittag hat eine Begegnung der Premierminister Frankreichs und Großbritanniens stattgefunden, die sie dazu benutzten haben, in einem Meinungsaustausch über die allgemeine Lage einzutreten. Man kann nicht erwarten, daß im Laufe einer einzigen Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin endgültige Lösungen festgehalten werden konnten, aber die beiden Staatsmänner sind glücklich gewesen, ihre gemeinsame Auffassung darzulegen und festzustellen, daß in keiner einzigen Frage eine verschiedene Auffassung über die Ziele oder eine grundsätzliche Differenz besteht, die die Zusammenarbeit der beiden Länder, von der in so weitem Maße die Stabilisierung und der Friede der Welt abhängen, gefährden kann.

Der französische Standpunkt.

Paris, 19. September. (WLB.) Das „Echo de Paris“ schreibt zum Besuch Baldwins: Es liegt nicht in der Absicht der beiden Staatsmänner, sich an Aufgaben zu versuchen, die das augenblickliche Mögliche überschreiten. Aber was heute nicht realisierbar ist, kann es vielleicht bald werden, denn in kürzester Frist wird die französisch-belgische Politik vom 11. Januar d. J.

als vollendete Tatsache funktioniert

werden. Diese Politik wird bald nicht mehr zur Diskussion stehen und auch nicht diskutiert werden. Es handelt sich nur noch darum, die diplomatische Lage zu klären. Nichts könne wirkungsvoller zu einer Annäherung der beiden Länder führen, als die Wiederherstellung des früheren Vertrauens auf Grund von Besprechungen zwischen den beiden für die Politik der beiden Länder verantwortlichen Staatsmännern. Weder jetzt noch in den nächsten Jahren könne England selbständig auf dem Kontinent handeln, ohne Frankreich in Betracht zu ziehen. Zu dieser Wahrheit müßten die englischen Staatsmänner sich jetzt endlich bekennen. Frankreich müsse an seiner seit acht Monaten befolgten Politik festhalten, es dürfe aber andererseits nichts unterlassen, um endlich zu einer Verständigung mit England zu kommen.

Paris, 19. September. (WLB.) Die „Information“ schreibt zur Lage in Deutschland: Die in Deutschland eben erst gebildete Regierung habe

auf der Schwelle zur Anarchie das Rad zum Stehen gebracht.

Man höre, daß die deutschen Industriellen angesichts der Arbeitslosigkeit und des sozialen Verfalls, die ihnen vor Augen stehen, die Notwendigkeit begriffen hätten, zu einer Einigung

mit Frankreich zu gelangen. Es seien Unterhandlungen im Gange, aus denen ein praktisches Statut im Einflang mit dem Versailler Vertrag hervorgehen könnte und dessen Anknüpfung in der Welt Erleichterungen verursachen würde. Jeder, der gesunden Menschenverstand habe, würde diesen Bemühungen um eine Lösung Erfolg wünschen. England würde es schlecht anstehen, wenn es ihnen die Zustimmung verweigern wollte. Aber welche Hebel könnten nicht aus der Verlängerung des französisch-deutschen Streites erwachsen, der durch die französisch-englische Uneinigkeit kompliziert werde. Die soziale Auflösung in Deutschland werde sich vielleicht auch auf andere Völker ausdehnen und dann vielleicht irgendwelche militärischen Diktaturen zeitigen. Von dem Rückschlag einer derartigen Entwicklung auf England und Frankreich selbst befürchtet der Verfasser das Schlimmste.

Englische Vorbehalte.

London, 19. September. (WLB.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel, die heutige Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin werde das Reparationsproblem in den Vordergrund der politischen Bühne rücken. Frankreich habe beschlossen,

den deutschen Widerstand im Einfallsbereich zu brechen,

bevor es ein deutsches Angebot auch nur erwäge. „Times“ führt weiter aus, die Folgen der Ruhrbesetzung gingen weit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinaus; soziale Unruhen und heftiger politischer Streit seien bereits aus dem finanziellen Chaos entstanden, das Erschütterungen weit über die Grenzen Deutschlands zur Folge habe. Die tatsächliche Schließung des Rheins habe die Wohlfahrt Hollands ernstlich in Mitleidenschaft gezogen; Schweden habe seinen Hauptabnehmer für seine Eisenerze verloren; die skandinavischen Länder seien behindert; Frankreich selbst sehe keine Hochöfen langsam ausgehen; Englands Handel sei gerade in dem Augenblick aufgehalten worden, in dem die ersten Zeichen eines endgültigen Wiederauflebens beobachtet wurden. Aber die Behinderung der anderen Länder sei nicht zu vergleichen mit der hoffnungslosen Lage, in die Deutschland gestürzt worden sei. Das besetzte Gebiet sei tot. Die „Times“ entwirft dann ein trostloses Bild der augenblicklichen Lage Deutschlands und hebt die Rückwirkung hervor, die ein endgültiger Zusammenbruch der Stabilität Deutschlands auf das übrige Europa haben würde, das seinen zu hohen Preis für den Sieg Frankreichs im Reparationsstreit zahlen wolle. Dies bedeute jedoch nicht, daß es nicht die

Befriedigung rechtmäßiger französischer Forderungen

wünsche. Das Blatt gibt schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß die öffentliche Meinung Englands immer für jeden vernünftigen Plan zur Gewährleistung der Sicherheit Frankreichs eingetreten sei.

Verschleppungstaktik.

Seltene Vorwürfe des „Temps“.

Das gänzliche Stillschweigen Poincarés in seiner letzten Sonntagsrede gegenüber den Ausführungen Stresemanns, deren Bedeutung von der Presse der ganzen Welt, einschließlich Frankreichs, gebührend hervorgehoben worden war, mußte jeden unvoreingenommenen Beurteiler der außenpolitischen Lage als eine beabsichtigte neue Brüstung Deutschlands in einem besonders kritischen Augenblick erscheinen. Die Wirkung dieses Verhaltens hat nicht lange auf sich warten lassen: ohne Zweifel ist das neue fürchtbare Sinken der deutschen Mark, das am Montag eingeleitet hat, im wesentlichen auf den Pessimismus zurückzuführen, den diese gänzlich negativen Reden Poincarés ausgelöst haben. Ueberdies sind diese Reden von einer neuen Welle der Scharismacherei gegen Deutschland in der Pariser Boulevard-Presse begleitet worden für die es nach der leichten Entspannung in den vorangegangenen Wochen keine plausible Erklärung gibt. Jedenfalls kann ein solcher Anlaß weder in besonderen Zwischenfällen im Ruhrgebiet, noch in irgendeiner Kundgebung der Reichsregierung erblickt werden. Ganz im Gegenteil ist nach unserer festen Ueberzeugung deutscherseits alles Mögliche geschehen, um eine Entspannung herbeizuführen und endlich Verhandlungen in Fluß zu bringen.

Indessen gibt ein am Dienstag im „Temps“ erscheinender, offenbar inspirierter Artikel, der von Vorwürfen gegen die Regierung Stresemann-Hilferding strotzt, gewisse Anhaltspunkte über die Ursache dieser erneuten schroffen Haltung. In diesem Aufsatz wird der Regierung Stresemann vorgeworfen, daß sie England und Italien gegen Frankreich aufzuwiegen versuche. Bekanntlich hat der Reichstagskanzler in seiner ersten Rede nach dem Regierungswechsel mit aller Deutlichkeit einen solchen „politischen Dilettantismus“ weit von sich gewiesen, und die Tatsache allein, daß er sich — sogar auf die Gefahr hin, in London Mißstimmung hervorzurufen — direkt durch diplomatische Fühlungnahme und rednerische Kundgebungen an Frankreich und Belgien gemandt hat, ist der beste Beweis dafür, wie wenig die neue Reichsregierung sich von einem diplomatischen Intrigenspiel verspricht, das der „Temps“ ihr unterstellt.

Indessen dürfte dieser pöhlische Ausbruch von Argwohn auf eine Tatsache zurückzuführen sein, die wohl in französischen Regierungskreisen so unangenehm empfunden wird, daß man sofort die Hand Deutschlands dahinter vermutet: Aus Paris wird nämlich berichtet, daß der englische Botschafter und der belgische Gesandte kurz hintereinander im französischen Auswärtigen Amt vorgesprochen haben, um dort auf die verhängnisvollen Folgen hinzuweisen, die sich aus einer weiteren unversöhnlichen Behandlung Deutschlands durch Poincaré ergeben müßten. Es zeugt schon von einem sehr großen Maß von Mißtrauen, wenn man hinter einem solchen Schritt, der nicht nur von England, sondern sogar von Belgien unternommen wurde, wieder einmal „deutsche Rache“ wittert! Die ganze Welt weiß eben, sofern sie sich der Entwicklung in Deutschland gegenüber nicht absichtlich blind stellt, wie ernst die Situation in Deutschland schon jetzt ist, und wie katastrophal sie sich erst gestalten würde, wenn die neue Reichsregierung in ihrem Bestreben, den Ruhrkonflikt in einer für das deutsche Volk einigermassen erträglichen Weise zu liquidieren, infolge der französischen Halsstarrigkeit einen Fehlschlag erleiden würde. Und daß diese Katastrophe sich nicht auf Deutschland allein beschränken, sondern auf ganz Europa ausdehnen würde, das zu begreifen erfordert nur ein Mindestmaß von politischem und wirtschaftlichem Verstand. Derartige Warnungen von den eigenen Bundesgenossen gehen übrigens Frankreich nicht erst seit den letzten Tagen zu.

Das genügt wohl, um den ersten Vorwurf des „Temps“ gegen die Reichsregierung zu entkräften. Und wenn das Blatt weiter Stresemann den Vorwurf macht, daß er die Lösung des Ruhrkampfes durch die Forderung der Amnestie für die ausgewiesenen und Verurteilten erschwere, so legt er sich damit nur in Widerspruch mit der eigenen Forderung der Beendigung des passiven Widerstandes. Denn wie sollen wieder geregelte Verhältnisse, normale Produktion im Ruhrgebiet herrschen, wie sollen die Reparationslieferungen für Frankreich wieder einfließen, wenn das Ruhrgebiet und das Rheinland weiter von hunderten Beamten, Eisenbahnern, Bergbauangestellten usw. entblößt bleiben, die doch das Rückgrat dieses kompliziertesten Produktionsorganismus der Welt bilden? Ganz abgesehen davon, daß eine Lösung des Ruhrkonfliktes, die nicht die weitestgehende Amnestie für diese Hunderttausende mit sich bringen würde, menschlich und politisch für jede deutsche Regierung schlechthin untragbar wäre. Diese Selbstverständlichkeit aber, die, wenn wir uns recht entsinnen, selbst der „Temps“ noch in Cuno's Zeiten in durchaus bejahendem Sinne erörtert hatte, wird jetzt vom gleichen „Temps“ als eine von Deutschland erstrebte „franko-belgische Kapitulation“ hingestellt!

Die weiteren Vorwürfe des Sprachrohres der Regierung Poincarés gegen das deutsche Kabinett beziehen sich auf die angebliche Unzulänglichkeit der bisherigen Vorschläge

Einberufung des Reichstages.

Der Reichstagspräsident hat für Mittwoch, den 26. September, den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichskanzler schon in den ersten Tagen der beginnenden Sitzungsperiode, vielleicht bereits am 26. September, eine Erklärung der Reichsregierung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage im Zusammenhang mit einer Darstellung über die innenpolitische Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgibt.

Am Dienstag nachmittag wurde in einer Sitzung im Finanzministerium mit den Vertretern der Wirtschaft der Entwurf der Regierung zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes besprochen. Von der Regierung nahmen an dieser Besprechung u. a. der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister teil. Unter den Wirtschaftlern befinden sich die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Landwirtschaft. Der Entwurf wurde in seinen Grundzügen gebilligt.

Völkerbund und Reparationsfrage.

Zurückziehung des Antrages Strakosch.

Genf, 19. September. (WLB.) Nach Rücksprache mit dem französischen Delegierten Hanotaux und dem belgischen Delegierten Baron Beyens zog Strakosch (Südafrika) in der heutigen Sitzung des 2. Ausschusses seinen gestrigen Antrag, betreffend einen der Versammlung vorzulegenden Entwurf einer Entschlebung über die Reparationsfrage zurück. Strakosch begründete den Verzicht auf seinen Antrag damit, daß eine Debatte über die Reparationsfrage die Lage nur verschärfen und die Lösung erschweren könne. Alle alliierten Redner und die Delegierten Belgiens, Italiens, Polens und Rumäniens sprachen ihre Genehmigung über die Zurückziehung des Antrages aus. Auch der englische Vertreter erklärte sich mit der Zurückziehung einverstanden, bemerkte jedoch, daß dies nicht dazu ausgelegt werde, als sei der Völkerbund

für die Frage nicht zuständig. Aber (Schweiz), die Vertreter Schwedens und Hollands, letzterer mit Worten lebhafter Anerkennung für Hanotaux, erklärten sich ebenfalls mit dem Verzicht auf die Resolution einverstanden. Nur Munch (Dänemark) wies lebhaft darauf hin, daß die öffentliche Meinung es nicht verstehen würde, wenn der Völkerbund die wichtigsten aller Fragen von seinen Beratungen ausschleife und wenn er sich nicht mit großen, sondern nur mit kleinen Fragen besäße. Er erklärte aber schließlich, da sonst keine Einstimmigkeit zu erzielen sei, sich der allgemeinen Auffassung anschließen zu wollen.

Verhaftungen in Moskau.

Moskau, 17. September. (DE.) Die Staatliche Politische Verwaltung hat in den letzten Tagen eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, die in Moskau großes Aufsehen erregt haben, da es sich dabei teilweise um Personen handelt, die die einflussreichsten Posten in Sowjetrußland bekleiden und der russischen Kommunistischen Partei angehören. Die Moskauer „Iswestija“ teilt nunmehr, ohne die Namen der Verhafteten zu nennen, mit, es sei eine Gruppe von Personen verhaftet worden, welche sich mit Plänen trugen, die den Feinden Sowjetrußlands im Auslande nützlich sein würden. Das offiziöse Kommuniqué führt u. a. aus, die Regierungen der Nachbarländer hätten in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland durch ihre Agenten eine erhöhte Tätigkeit innerhalb Rußlands entwickelt, wobei es sich nicht nur um direkte Spionage, sondern auch um Beeinflussung der Stimmung der Arbeitererschaft handelte. „Es ist bekannt geworden“, heißt es wörtlich im Kommuniqué, „daß diese Provokations- und Spionagetätigkeit auf eine jedenfalls unbewußte Unterstützung von Seiten einiger kleiner Gruppen und Personen erhalten hat, die der Kommunistischen Partei feindselig gesinnt sind.“ Die unklare Fassung des Kommuniqués und vor allem der Passus über die „unbewußte Unterstützung“ durch die Verhafteten sind hier allgemein als Bestätigung der obigen Gerüchte aufgefaßt worden.



Stressemann. Ohne Zweifel sind die Vorschläge des Deutschen Kanzlers, wie er sie in seinen letzten Reden skizziert hat, noch ergänzungsfähig. Der Kern dieses Angebotes, die hypothetische Belastung der gesamten deutschen Wirtschaft und des Grundbesitzes in Gold, müßte wohl selbst dem „Temps“ als eine genügend „solide Garantie“ erscheinen. Kann man vom Reichskanzler wirklich verlangen, daß er in einer Rede sich noch konkreter, noch genauer ausspricht? Am allerwenigsten können das diejenigen verlangen, welche die Politik Poincarés vertreten, der in seinen Reden zu dem Thema überhaupt nichts sagt. Daß diese Taktik des französischen Ministerpräsidenten nicht nur in Deutschland, sondern auch von vielen Franzosen als im höchsten Maße eigenartig empfunden wird, dafür liefert der Leitartikel von Robert de Jouvenel im linksbürgerlichen Organ „Deuore“ vom Montag einen treffenden Beweis. Jouvenel schreibt zu den letzten Sonntagreden Poincarés:

Es ist doch eine etwas zu bequeme Politik, die darin besteht, Deutschland zu sagen:

„Ihr seid ruiniert, müßt aber dennoch zahlen.“  
Und wenn Deutschland antwortet: „Ich werde tun, was Ihr von mir verlangt,“ wird ihm erwidert:  
„Dieser Vorschlag ist nicht präzise genug.“  
Und wenn die Angebote präzisiert werden, wird einfach erwidert:  
„Ich will von diesem System nichts hören.“

So in der Tat stellt sich, nach außen hin wenigstens, die bisherige Aussprache zwischen Stressemann und Poincaré dar. Und jetzt kommt der „Temps“ und überschüttet die Regierung Stressemann-Hilferding mit Vorwürfen. Das Sprachrohr Poincarés vernichtet Einzelheiten in den deutschen Angeboten und stellt für den Fall ihrer Bekämpfung die Rüchmung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der Zahlungen in Aussicht. Wir wollen dieses Versprechen gern registrieren und sind überzeugt, daß die Mittelteilung von Einzelheiten sich nicht durch die Schuld der Reichsregierung verzögern wird. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls dahin wirken, daß Formfragen den Beginn von Verhandlungen nicht hinausschieben. Nach der bisherigen Aktivität des Reichskanzlers haben wir aber keinen Anlaß zu vermuten, daß Unterlassungsfünden dieser Art auf deutscher Seite zu befürchten sind. Dagegen wird man nach den jüngsten Kundgebungen Poincarés und auch nach diesem Artikel des „Temps“ den Eindruck nicht los, daß in Paris die Kräfte am Werke sind, die auch die bisherigen Vorverhandlungen ins Uferlose verschleppen möchten. Wir würden es begrüßen, wenn bereits die nächsten Tage den Beweis erbringen würden, daß wir bezüglich der französischen Absichten unter dem gleichen Eindruck ständen, wie z. B. der Auslandspolitiker der „Deuore“ . . .

## Ein letzter Versuch.

### Sozialdemokratische Vorschläge für Thüringen.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Am Donnerstag werden die Verhandlungen der Sozialdemokratie mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung fortgesetzt. Ob sie zu einem Ergebnis führen, hängt ausschließlich von den Kommunisten ab. Die Sozialdemokratische Partei Thüringens hat den besten Willen, eine Arbeiterregierung zustande zu bringen. Dafür erbrachte sie inzwischen erneute Beweise durch ein der Öffentlichkeit unterbreitetes Programm zur Neubildung der Regierung. Hier werden weitgehende Zugeständnisse an den Verhandlungspartner gemacht, die jedoch mit der Reichsverfassung vereinbar sein müssen. In dem Programm wird u. a. gesagt, daß eine Regierung des Landes Thüringen, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, eine Politik treiben muß, die vor allen Dingen auf die Sicherung der Reichseinheit hinausläuft und die durch Einwirkung auf die Reichsregierung bestrebt zu sein hat, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen. Die Erledigung des Ruhrkonfliktes wird zur Lösung dieser Aufgabe für notwendig

erachtet. Außerdem verpflichtet das Programm, auf eine Säuberung der Reichswehr von allen monarchistischen Elementen und deren Ersatz durch zuverlässige Republikaner hinzuwirken. Darüber hinaus wird die unelastische Beteiligung des Reiches an dem Gesamtvermögen der deutschen Wirtschaft in Höhe von mindestens 25 Proz. zu einem Programmpunkt erklärt, für dessen Verwirklichung sich die Regierung des Landes Thüringen einsetzen muß. Soweit es sich um Betriebe handelt, deren Produktion zu mehr als 25 Proz. an öffentliche Betriebe geht, soll die Beteiligung auf mindestens 51 Proz. erhöht werden. Das Programm sieht ferner die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster vor und verpflichtet zur Unterstellung der Syndikate unter die öffentliche Kontrolle.

Zur Sicherung der republikanischen Staatsform soll eine republikanische Notwehr geschaffen werden. Diese Notwehr kann nach Bedarf von der Regierung zur Unterstützung des Exekutivkörpers herangezogen werden. Die Grundlagen der gemeinsamen Verwendung für den Fall der Gefahr sind nach dem Programm-Entwurf zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bezirksleitung zu vereinbaren. Eine behördliche Anerkennung soll für die auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinrentner- und Bauernorganisationen zu bildenden Kontrollausschüsse erfolgen. Ihre Aufgabe ist nach dem Programm, gemeinsam mit den Kreis- und Gemeindebehörden die Lebensmittelversorgung und -verteilung zu regeln.

Das Programm sieht schließlich den Eintritt der Kommunisten in die Regierung vor. Es wird ergänzt durch eine Erklärung, in der es heißt, daß die thüringischen Parteiführerschaften die Möglichkeiten eines Betriebsrätekongresses in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften verneint haben und sich deshalb auch die Fraktion des Landtages außerstande sieht, die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zu fordern. Trotzdem aber wird der Eintritt der KPD. in die Regierung als wünschenswert erachtet und die Bereitwilligkeit ausgesprochen, den Parteigenossen vorzuschlagen, eine parlamentarische und außerparlamentarische Gemeinschaftsarbeit mit der KPD. herbeizuführen.

Das Programm unserer thüringischen Genossen zur Neubildung der Regierung bringt zweifellos den besten Willen zum Ausdruck, eine Arbeiterregierung zustande bringen zu helfen. Aber wir glauben, daß es mit dem guten Willen von unserer Seite allein nicht getan ist, und schließlich selbst, wenn eine Einigung mit den Kommunisten erzielt würde, diese Verständigung nur als vorübergehend zu betrachten wäre. Die Kommunisten haben mehr als einmal bewiesen, daß mit ihnen sachgemäße Politik im Interesse der Arbeiterschaft nicht zu machen ist. Wären sie wirklich die Freunde der Arbeiterschaft, als die sie sich fortgesetzt hinstellen, dann müßten sie auch den Mut aufbringen, in Arbeiterregierungen einzutreten. Sowohl in Thüringen wie in Sachsen wurde das bisher abgelehnt, und wir sind überzeugt davon, daß die kommunistischen Agitatoren eine verantwortliche Mitarbeit auch in Zukunft ablehnen werden. Viel wichtiger, als die Not der Arbeiterschaft durch positive Arbeit in einer Regierung lindern zu helfen, ist ihnen eine sinnlose Agitationspolitik, die auf die Indifferenz der Massen spekuliert. Dafür hat die kommunistische Partei erst in diesen Tagen wieder in Sachsen ein wunderbares Beispiel geliefert. Herr Böttcher, der geistliche Held der sächsischen Kommunisten, richtete am 17. September ein Schreiben an den sächsischen Landtagspräsidenten, in dem die sofortige Einberufung des Landtages verlangt wird. Der Landtag soll zunächst sofortige Maßnahmen gegen die durch die Unfähigkeit der großen Koalition im Reiche hervorgerufenen Notlage der arbeitenden Massen und früheren Mittelschichten, insbesondere der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Fürsorgeempfänger und Rentner ergreifen. Er soll sich ferner zu dem Fall Gehler äußern, der bekanntlich inzwischen eine vorläufige Erledigung gefunden hat. Außerdem wird von der sächsischen Regierung eine Erklärung darüber verlangt, warum das kommunistische Ultimatum vom 11. Septem-

ber — anlässlich der Zusammenkunft vor dem Dresdner Rathaus — nicht erfüllt wurde und ob die Regierung den Kampf gegen Hunger und Elend weiter mit Revolver und Gummiknüppel führen will. Böttcher heißt es dann: Die kommunistische Partei unterstützt eine solche Regierung nicht.

Die sächsischen Kommunisten verlangen also nicht mehr und nicht weniger, als daß die von ihnen unterstützte Regierung sich grenzenlos beschimpfen und als Organ für kommunistische Agitation gegen das Reich und in Sachsen ausnützen läßt. Diese Methode führte schließlich auch zu dem Sturz der thüringischen Regierung, die es ablehnte, kommunistischen Ultimaten Folge zu leisten. Es gehört viel Mut dazu, anzunehmen, daß diese kommunistische Taktik in Zukunft der Vernunft weichen wird. Nach allen Experimenten wird doch einmal der Bruch kommen, und deshalb bleiben wir der Ueberzeugung, daß es besser ist, sowohl in Sachsen wie in Thüringen das Unvermeidliche schon jetzt geschehen zu lassen. Schließlich hat auch die Geduld der Sozialdemokratie einmal ein Ende.

Dresden, 19. September. (Eca.) Die „Dresdner Volkszeitung“ bringt unter der Ueberschrift: „Schluß mit dem Doppelspiel“ eine scharfe Erklärung, worin die Sozialdemokraten hinsichtlich der letzten kommunistischen Aktion und der Forderung auf sofortige Einberufung des Landtages Stellung nehmen. Es heißt u. a. in dem Artikel: „Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Kommunisten aufs Ganze gehen. Die Zeit der gemeinsamen Arbeit der beiden proletarischen Parteien Sachsens hat den Kommunisten schon zu lange gedauert. Sie glauben, daß jetzt ihr Weigen blüht. Sie wollen das Chaos, sie wollen den Wirrwarr, weil sie sich dem ortsichlichen Bahn hingeben, daß sie dann ihre Herrschaft in Deutschland antreten könnten. Aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich nicht dazu hergeben, nach der Pfeife der Kommunisten zu tanzen.“

## Der Separatismus in Bayern.

München, 19. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend fand hier eine Beamtenversammlung statt, in der die radikal bayerisch eingestellten Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Pöfner und Rothmeier sprachen. Es wurde ganz offen Schwarzweißrot als das Trennungssymbol bezeichnet, weil diese Farbe heute von einer einzigen Flichtung im deutschen Volk, nämlich den Alldeutschen, allein in Anspruch genommen würde. Wenn das bayerische Volk schon einen Kommandanten braucht und anerkennt, dann sei es nach der legitimen Staatsregierung höchstens der Träger des Namens Wittelsbach. Zu dem offenkundigen Zwecke, die Reichswehr in Bayern dem Einfluß der Hitler-Ludendorff zu entziehen, wurde an die bayerische Regierung die Forderung gerichtet, endlich durchzusehen, daß bayerische Truppen in Zukunft nur von bayerischen Generälen geführt würden. Diese Forderung hängt mit der Verabschiedung des Generals Epp zusammen. Es wurde auch direkt verlangt, daß Epp an leitender Stelle im bayerischen Heere bleiben müsse. Wie man hört, gehen aber die Pläne der bayerischen Regierung dahin, diesen General an die Spitze der vaterländischen Verbände in Bayern zu stellen, um so die Gewähr zu haben, daß dann in erster Linie in diesen Verbänden die bayerisch-weißblauen Interessen verfolgt werden. Die partikularistische Tendenz des Abg. Rothmeier, derselbe, der als Reichsbeamter den unentwegten Kampf gegen die Reichsbahn führt, kam zum Schluß in dem Wunsche zum Ausdruck: „Wenn das Schlimmste zu befürchten ist, wenn die illegale Gewalt sich über Recht und Gesetz erheben sollte, dann wird es notwendig sein, in Bayern eine eigene Währung zu schaffen.“ Unter den Zuhörern befanden sich neben mehreren Abgeordneten des Reichstags und Landtags auch der Sozialminister Oswald.

Das neue irische Parlament trat gestern in Dublin zusammen. Die Republikaner haben beschlossen, ihre Siege nicht einzunehmen.

## Mephisto und die deutsche Währung.

Faust II. Teil, 1. Akt.

Kanzler:

Run also, ihr Getreuen, Lieben,  
Versammelt um der Weisheit Thron,  
Wo war'n wir gestern steh'n geblieben?  
Ich glaube: bei der Instation.

Schahmeister:

Die Steuern, die wir ausgeschrieben,  
Wie Röhrenwasser blieben aus.  
Robin man kommt, Milt jetzt ein Proffer Haus  
Und unbekümmert will er leben.  
Zusehen muß man, wie er's treibt;  
Wir haben so viel Rechte hingegeden,  
Daß uns auch nicht ein Recht mehr übrig bleibt.  
Auch auf Parteien, wie sie heißen,  
Ist heutzutage kein Verlaß.  
Die Bayern prügeln sich und Preußen,  
Der Dollar steigt, es steigt der Haß.  
Die wertbeständigen Devisen  
Versteden sich, um auszuruhn,  
Es ist die schlimmste aller Krifen:  
Ein jeder hat für sich zu tun.  
Des Goldes Wforien sind verrammelt,  
Ein jeder krazt und sparrt und sommelt,  
Und unsre Kassen Leiden loer.

Berkehrmeister:

Reich Unheil muß auch ich erfahren,  
Wir wollen alle Lage sparen  
Und brauchen alle Lage mehr.

Geschehmeister:

Gerechtigkeit . . . Doch ach, was heißt dem Menschen-  
Dem Herzen Güte, Billigkeit der Hand, Geist Verstand,  
Wenn's lieberhaft durchaus im Staate wütel  
Und alles sich in Uebeln überbrütet?  
Wer schaut hinab von diesem hohen Raum  
Ins weite Reich, ihm scheint's ein schwerer Traum,  
Wo Wihgestalt in Wihgestalten schallet,  
Das Ungeheh geschlecht überwaltet  
Und eine Welt des Irrtums sich entaltet.

Wehrmeister:

Wie tobt's in diesen wilden Tagen!  
Ein jeder schlägt und wird erschlagen.  
Und ach! ich selbst bin Blindeluh  
Und bed' das Ulegale zu.  
Ich sah kein Loben, rühend Haujen,  
Bin nur nach links hin jorscher Mann.  
Denn's sind noch Könige da draußen,  
Die gehn mich mehr als Feigner an.

Rohlentönig:

So bilden wir die Einheitsfront!  
Erhöht den Preis, senkt den Diskont!  
Mehr Arbeitsleistung, wen'ger Löhne,  
Das ist das Wahre, Gute, Schöne.

Ar- und Halmtönig:

Verlangt ihr von mir Ernährung,  
Behaltet mich in Roggenwährung,  
Dann jauchzen die Weizen, es freut sich das Heu  
Und die Döfen sind nicht mehr steuerscheu.

Bankentönig:

Wir klattern über Rindereisen.  
Der Dollar muß hoch, die Mark muß weichen.  
Wir leben von der Notenspreffe  
Uend? — Für nicht Notiertes kein Interesse.

Gemurmel der Menge:

Wo soll das aus? O Elendswelt,  
Ich hab' kein Feuer, kein Reid, kein Geld.  
Die Kinder laufen in Lumpen,  
Den einen die Hinsen, den andern die Zölle,  
Den einen der Reichtum — und uns die Hölle —  
Gold glüht in roten Klumpen.

Kanzler:

Entschüsse sind nicht zu vermeiden,  
Wenn alle schädigen, alle leiden.

Mephisto:

Was ist erwünscht und stets willkommen?  
Was ist ersehnt und nicht verjagt?  
Was immerfort in Schuß genommen?  
Was hart geschokt und verflagt?  
Fürwahr: es ist die güldene Dnal,  
Die Geisel der Menschheit: Das Kapital . . . . .  
Ihr wißt, ich riet euch einst zu Assignaten,  
Zu der Milliarden Weiegewicht,  
So will ich euch auch furd're Rettung raten,  
Nur stopft des Staates Rücken nicht!  
Vor allem muß ein Defizit verbleiben,  
Denn meine Weisheit ist spekulativ,  
Und wollt ihr euch dem Teufel recht verschreiben,  
So lobt das Kapital und bleibt passiv.  
Dem Glücke zu, dem blutenden, verreckten  
Füh' ich euch zu im Kaufsch der Effekten,  
Iwar wen'gen nur ist Eintritt in mein Haus,  
Doch diesen dreißt ich alle Ueppigkeiten aus  
Und öfne die Treiers im Licht der Diamanten —  
Die andern soll'n verreden an den Strohenkanten.

Chorus mysticus:

Was weht sich da um den Hauenstein?

Chorus visibilis:

Der wird noch lang' im Amte sein.

Chorus antisemiticus:

Der Teufel hat die Hiferdinge,  
Die Linden und Kooenberlinge.

Kanzler:

Der Worte sind genug gedreht,  
Wir wollen Laten lassen sehn.

Mephisto:

Doch wenn ihr nicht die Richtung wechselt,  
Wird alles in die Binsen gehn.

(Für richtige Abschrift: Tazette.)

## Bücherschau.

Die Chemie und das moderne Leben. Von Svante Arrhenius. (Akademische Verlagsgesellschaft m. b. H., Leipzig.) Der Verfasser gehört zu jenen nicht gerade zahlreichen Gelehrten, deren geistiges Format sie weit über die engeren Grenzen ihres speziellen Forschungsgebietes hinausführt. Den Anreiz dazu bietet freilich die Chemie, wie kaum eine zweite Wissenschaft, denn sie liegt, nach Arrhenius, „mehr als jede andere der gegenwärtigen materiellen Kultur zugrunde“. Von der Anlage des Werkes werden unsere Leser durch den von uns im Auszuge gebrachten Teil aus dem Abschnitt über die „Chemie und die Brotfrage“ einen Begriff erhalten haben. Er schließt mit den Worten, daß der Ueberbau das wichtigste Anwendungsgebiet der chemischen Wissenschaft ist und noch lange bleiben wird. Aber auch die wichtigsten Rohstoffe der Erde, die Chemie des Wassers und der Luft, die irdische Energiequellen, die Farbstoffe und chemischen Heilmittel u. a. m. werden hier von einem alle diese Dinge souverän beherrschenden Meister behandelt. Die Darstellung ist allgemeinverständlich, verlangt jedoch, wie bei Werken dieser Art unermesslich, doch gewisse physikalisch-chemische Vorkenntnisse.

Spanische Lehrbücher. Rud. Großmanns „Lehrbuch des Spanischen“ wurde hier schon denen empfohlen, die aus praktischen oder ideologischen Gründen diese wichtige und schöne Sprache lernen wollen. Es ist durchaus praktisch, hält sich nicht mit grammatischen Floskeln auf, führt unmittelbar in das gesprochene moderne Spanisch ein (auch der südamerikanische Sprachgebrauch ist berücksichtigt) und legt seinen Uebungen — Zeitungsausschnitte zugrunde. Zur weiteren Ausbildung sind Ergänzungsbände erschienen: ein „Spanisches Lehrbuch für Kaufleute“ von Adolf Bieler, ein „Deutsch-Spanisches Wörterbuch der Handelskorrespondenz“ und eine Bibliothek spanischer Schriftsteller, darunter Romellen von Calderon und Alarcón, sowie die Biographie Bolivears von Gonzalez. (Alle im Deutschen Auslandsverlag von W. Bangers, Hamburg.)

Einführung in die Vererbungswissenschaft. Von Dr. R. Goldschmidt. (Wib. Engelmann, Leipzig. Mit 178 Abbildungen. 3. Aufl.) Der modernste Zweig der Biologie wird hier von einem Fachmann von Ruf in seinen wichtigsten Ergebnissen behandelt. Variabilität, Bastardierung, Mutationstheorie, Vererbung erworbener Eigenschaften, Geschlechtsbestimmung, schließlich die Anwendung



# Heuchlerische Phrasen.

## Deutschnationale Erklärung zur Ruhrpolitik.

Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit:

Die vereinigten deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages haben heute in Anwesenheit von Vertretern der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) beschlossene, folgende Erklärung zu veröffentlichen: Wir erheben in letzter Stunde scharfen Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann unter dem Wechsel des Kurzes eingeschlagene Politik, die offensichtlich eine Verzweiflung um jeden Preis mit dem hohlerfüllten und unversöhnlichen Frankreich erstrebt. Solche Politik kann nur zur vollen Kapitulation führen. Eine Preisgabe des Bundes an Rhein und Ruhr durch Zurückziehung der Anordnungen der Regierung müßte uns dem französischen Diktator widerstandslos unterwerfen. Durch zweideutige und unverbindliche Zusagen des Gegners dürfen wir uns darüber nicht täuschen lassen. Als Ergebnis auf dieser Grundlage geführter Verhandlungen kann nur erwartet werden, daß der Raub von Rhein und Ruhr durch eine deutsche Unterschrift mit dem Schein des Rechtes umkleidet wird, und daß Frankreich aufs neue wahnwitzige und unerfüllbare Reparationsforderungen festlegt, zu deren Erfüllung Deutschland sich dann durch seine Unterschrift gebunden hat. Damit kann dem deutschen Volk nicht geholfen und der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch nicht aufgehalten werden. Kapitulation und Unterschrift bedeuten nicht die Not, sondern führen zur Not auch noch die Schande. Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, um sich der Schande zu erwehren. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab. Sie erklärt feierlich, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen würde.

Diese Erklärung der Deutschnationalen zeigt deutlich, daß mit ihnen irgendeine verantwortliche ehrliche Politik nicht gemacht werden kann. Angesichts des furchtbaren Ernstes der nicht zum wenigsten durch ihre Politik und ihre Taten entstandenen Lage Deutschlands haben sie den traurigen Mut, der Regierung in den Rücken zu fallen. Daß ihre Phrasen und mehr oder minder aufgeregten Appelle an Gefühle keine realen Waffen und keine wirksamen Mittel deutscher Politik sind, wissen sie sehr gut. Genau so gut wissen sie aber, daß ihr von Parteianatimus wie Besitzgeizismus gleichermaßen veranlaßter Kampf gegen die Regierung keine Stärkung, sondern eine Schwächung Deutschlands bedeutet. Ihre „Pronunziamentos“ sollen offensichtlich den Separatismus fördern und die Vorbereitung zum Bürgerkrieg erleichtern. Mag Deutschland noch mehr geschwächt, ja zerstört werden, wenn nur ihnen die Möglichkeit der Befriedigung ihrer Parteiziele winkt. Ihre nationalen Phrasen werden niemand über ihre Ziele täuschen können. Deutsche Politik wird nicht mit ihnen, sondern nur gegen sie möglich sein. Das zeigt ihr neuer „Dolchstoß“ so eindeutig wie nur möglich.

## Geister vor Gericht.

Der zum Austritt aus der Deutschen Volkspartei genötigte deutschpolitische Reichstagsabgeordnete Geisler, dessen Austrittsbegründung die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei seinerzeit als bewußt wahrheitswidrig bezeichnete, hatte in derselben Angelegenheit einen Befeidigungsprozeß gegen das Organ der christlichen Gewerkschaften, den „Deutschen“, angestrengt, um sich vom Vorwurf der Verlogenheit zu reinigen. Die Klage wurde am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Der verantwortliche Redakteur des „Deutschen“ erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten und benannte als Zeugen die Abgg. Cremer, den früheren Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz und Adams, während für die Gegenseite Rechtsanwalt Kempkes, die Abgg. Zeuthener, Dr. Kahl, Dr. Kunkel und Dr. Warachy haben ließ. Ministerpräsident Stresemann wurde von beiden Parteien in Anspruch genommen. Die Verhandlung wurde daraufhin auf den 5. November verlegt.

Der Erziehungsausschuß auf den Menschen bilden die Hauptkapitel. Fast alle diese Fragen sind noch durchaus im Fluße und ihr Studium ist, weil eine Menge Sachausdrücke zu bewältigen sind und eine gewisse logisch-mathematische Auffassungsschärfe vorausgesetzt werden muß, nicht leicht. Also keineswegs ein populäres Werk im üblichen Sinne. Dagegen ist ein sehr empfehlenswertes Handbuch für Bibliotheken u. dgl., die die Grundlagen der Erziehungstheorie schon kennen, sich dadurch angeregt fühlen und nun tiefer in diese zukunftsreiche Wissenschaft eindringen wollen.

Produktionshaltung in Berlin. Die ungeheure Not stellt alle alten Erziehungsformen in Frage, sie verlangt Befreiung aufs Wesentliche. Unter diesen Umständen wird weitgehende Beachtung der Tagung der Entschiedenen Schulreformer in der Berliner Universität vom 30. September bis 4. Oktober zuteil werden! Erzieher aller Arten und Grade, Gelehrte wie Menschen des produktiven Lebens werden in diesen Tagen die Erziehungsaufgabe und Ansicht unserer Zeit in Vorträgen angreifen, Aussprachen folgen, Lichtbilder, und Filmvortrüge und Führungen durch Werke, Schulen, Erziehungsanstalten kommen hinzu, den Schluß bildet eine Körperkulturvorbereitung der Vorkurs-Schule. Von den Vortragenden nennen wir Herz, Werkhaus-Stuttgarter Adolph-Hildenhall, Hiller, Jacobs-Essen, Kameron, Grimme, Harleß-Heller, Anna Siemsen, Krohn-Beischerhof, Habann, Hering, Destré, Programme, Eintrittskarten, Auskunft durch „Werkzeuge“-Büchereien, G. m. b. H., Berlin W. 35, Radeburger Str. 7 (frankierter Antrittsumschlag belegen). Die Beteiligung steht jedermann gegen Eintritts-(Unkosten-) Beitrag offen.

Rückgang der Filmproduktion. Eine volkswirtschaftlich hochinteressante Statistik macht in ihrer Nummer 36a die „Lichtbildbühne“ auf. Danach ist die deutsche Filmproduktion von 1922 um 65 Proz. (an Wertzahl jenseitiger Filme) gegen das Vorjahr 1921 zurückgegangen, die Anzahl der fabrizierenden Firmen um 302 (von 555); nur 98 Firmen haben außer den restierenden 252 Häulern 1922 die Fabrikation neu aufgenommen! Allerdings reduzieren sich diese auf den ersten Blick erschreckenden Zahlen, wenn man die dazu gegebenen Erläuterungen berücksichtigt. Die deutsche Filmindustrie hat sich gerade in dieser Zeit von der Massenproduktion geringwertiger, in wenigen Wochen zusammengestellter Filme auf die Herstellung weniger, aber erstklassiger, in der ganzen Welt anerkannter Meisterwerke umgestellt. Dadurch ist natürlich die rote Wertzahl erheblich heruntergerückt, der Exportwert aber beträchtlich gesteigert, so daß der Verlust dadurch ziemlich ausgeglichen sein dürfte.

Kunstabend. Julius Edgar Sarnoff hielt am Donnerstag 8 Uhr aus dem Gedächtnis „Goldblumen“ des jungen Dichters Emil Friedrich Bolzin im Lesing-Museum, Wülfelsstraße 18. Gleichzeitig gelang ein Melodram „Die Vögel“ von Adolf Holz mit der Musik von Lotte Krause zur Aufführung.

Subjektive Wälder veranstaltet am 23. September im Beckenhallen unter Mitwirkung von Anna Wälder einen Vortragabend. Das Programm enthält Szenen aus Goethes „Iphigenie“ (III. Akt) sowie Gedichte von Goethe und Karl Kraus.

Der Buchstafel des Vorkursvereins Deutscher Buchhändler ist ab 20. September 20 Millionen.

# An deutschem Wesen . . .

## Spatenkreuzler an der Arbeit.

München, 19. September. (Eigener Drahtbericht.) Am letzten Sonntag war nicht nur „Deutscher Tag“ in Hof, sondern auch in dem Städtchen Neuburg a. d. Donau, woran sich in der Hauptrolle Spatenkreuzler aus Ingolstadt, Dillingen und Augsburg beteiligten. Die Feste hielt der durch seine gemeinsamen Agitationsreisen mit Fahr bekannte General Tuschet, die eine einzige große Aufforderung zum Kampf gegen die Republik und für die „innere Reinigung“ war. Die Neuburger Arbeiterorganisationen hatten für diesen Tag die Parole an ihre Mitglieder gegeben, in den Wohnungen zu bleiben oder sich jedenfalls nicht bemerkbar zu machen. Das paßte nun den Spatenkreuzlern sehr wenig in ihr Programm, so daß sie beschlossen, die ihnen bekannten Arbeiterführer in ihren Wohnungen aufzusuchen. Schon am Sonnabendabend wurde bei einem Gruppenführer der Neuburger Arbeiterwehr das Haus umstellt. Nachdem drei Türen gesprengt waren, wurde die Frau unseres Genossen und dessen Schwägerin, ja sogar ein halbjähriges Kind in rohester Weise aus den Betten gerissen. Sodann ging die Gesellschaft in der Wohnung auf Waffensuche. Bei dieser Hausdurchsuchung wurde ein Revolver gefunden, der von dem 2. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Neuburg als Besitzer bei der Polizei später reklamiert wurde. Die Spatenkreuzler erließen von dieser Reklamation, sperrten hierauf das ganze Viertel ab und drangen in das umstellte Haus ein. Der Genosse, ein pensionierter Postsekretär, Invalide mit einem Fuß, wurde sofort niedergeschlagen, wieder hochgezogen und abermals niedergeschlagen, bis er schließlich vor seinem Schreibtisch zusammenbrach. Seine Ehefrau ist von dem Anführer geohrfeigt und mit dem Gummihäufel aufs schwerste mißhandelt worden. Die Einrichtung der ganzen Wohnung wurde durcheinandergeworfen und schließlich noch der Fußboden aufgerissen. Der Anführer der Bande hatte bei dieser Aktion den bei dem S. A.-Führer gefundenen Revolver bereits umgeschmolzt. Die anwesenden Polizeibehörden erklärten, sie könnten nichts machen, da die Spatenkreuzler von den Behörden Polizeibefugnisse erhalten hätten. In ähnlicher Weise wurde in noch zwei Wohnungen gehandelt. Aus einem Kaffeehaus wurden 17 junge Leute herausgeholt und mit „Hände hoch“ in das Quartier der Spatenkreuzler geführt. Hier wurden sie durchsucht und dann mit Stöcken und Gummihäufeln bearbeitet, bis einzelne von ihnen bewußtlos zusammenbrachen. Der Terror der nationalistischen Banditen dauerte den ganzen Sonntag über an; sie sprachen offen die Drohung aus, in 14 Tagen alles niederzumachen, was nicht schwarzweißrot sei. Am Montag, nachdem sich die Herren verzogen hatten, kamen endlich auf zwei Postwagen 40 grüne Polizisten aus Augsburg an.

## Die Ernährungsfrage in Bayern.

München, 19. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wird die bayerische Regierung in einem Ministerialden Bericht des Ministers des Innern Schwegler über seine Verhandlungen mit der Reichsregierung entgegennehmen und sich dann entscheiden über die geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswehrens. Inzwischen ist noch bekannt geworden, daß die Ernennung eines außerordentlichen Regierungskommissars mit diktatorischen Befugnissen vorbereitet ist. Man nimmt an, daß die Reichsregierung keine besonderen Schwierigkeiten macht. Sollte dies dennoch geschehen, und der Reichspräsident eventuell diese bayerischen Verordnungen außer Kraft setzen, so sehe sich die bayerische Regierung gezwungen, das bayerische Volk in einem Referendum entscheiden zu lassen.

## Freie Zuckerwirtschaft.

Das Reichskabinett hat einem Gesetzentwurf des Reichsernährungsministers zugestimmt, der für das Wirtschaftsjahr 1923/24 die Einführung der freien Zuckerwirtschaft vorsieht. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Zuckerrübenanbau gegenüber dem Vorjahre nur um ein Geringes zurückgegangen sei, und daß mit einer Erzeugung von 12 Millionen Doppelzentner Verbrauchs Zucker gerechnet werden könnte, einer Menge, die hinreichen würde, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Von einer weiteren Fortführung der Zwangswirtschaft befürchtet die Regierung einen erheblichen Rückgang im Rübenanbau. Um die unbedingte Gewähr zu haben, daß der Zucker in erster Linie der Bevölkerung zugute kommt, sieht der Entwurf vor, daß die Zuckerrübenanbau verpflichteten werden sollen, einen bestimmten Teil ihrer Erzeugung bis zu einem bestimmten Termin als Rücklage zurückzubehalten. Die Rücklage darf nur mit Genehmigung des Ernährungsministers in den Verkehr gebracht werden. Ferner sollen die großen zuckerverarbeitenden Industrien konfessioniert und kontingentiert werden. Im allgemeinen sollen nur bereits bestehende Betriebe die Genehmigung zur Verarbeitung erhalten. Die Kontingentierung und Kontingentierung soll grundsätzlich zentral unter Beteiligung der Industrieverbände, die bereits im letzten Jahre die Verteilung des Zuckers gehabt haben, durchgeführt werden. Um die Spekulation mit Zucker zu verhindern, wurde eine besondere Handelsverabbarung für Zucker für solche Betriebe vorgesehen, die mit dem Handel mit Zucker nach dem 1. Oktober 1923 beginnen wollen.

## Die spanische Militärdiktatur.

Paris, 19. Sept. (WIB.) Wie der „Temps“ aus Madrid meldet, veröffentlicht der „Staatsanzeiger“ ein Dekret, durch das die Zivilgouverneure beauftragt und die Verwaltung der Provinzen an die Militärgouverneure übertragen wird.

## Ein Revolutionstribunal vor Gericht.

Moskau, 17. September. (DE.) In Moskau hatte sich vor einigen Tagen der ehemalige Leiter des Revolutionstribunals in Strawropol (Südrußland), Kolbanowski, vor Gericht zu verantworten. Er selbst, seine ebenfalls dem Tribunal angehörende Frau und seine Untergebenen wurden wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Erpressung und Unterschleife, Forderung von Geschenken und Verheimlichung der eingelaufenen Kassationsklagen schuldig gesprochen. Kolbanowski wurde zum Tode verurteilt, doch wurde die Strafe auf eine zehnjährige Gefängnisstrafe ermäßigt. Der Prozeß erinnert in vielem an den soeben abgeschlossenen ähnlichen des Altchachonschen Tribunals, bei dem der Hauptschuldige zum Tode verurteilt wurde.

## Die Mark in New York.

Die gestrige Schlussnotierung der Mark in New York stellte sich etwas günstiger als die vom Montag, lag aber immer noch unter dem amtlichen Wechselkurs. Ungerechnet auf die deutsche Parität ergab sich in New York danach ein Preis von 200 Millionen Mark nach dem Geld- und von 192,3 Millionen nach dem Briefkurs.

# Wirtschaft

## Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Mal	...	3816
-	Juni	...	7 650
-	Juli	...	37 651
-	August	...	586 045
4.	Juli	...	16 180
11.	..	...	21 511
16.	..	...	28 892
23.	..	...	39 336
30.	..	...	71 470
6.	August	...	149 531
13.	..	...	436 935
20.	..	...	753 733
27.	..	...	1 123 434
3. September	..	...	1 845 261
10.	..	...	5 051 048
17.	..	...	14 244 200

Steigerung gegen die Vorwoche 162 Proz.

Die Teuerung hat sich somit in verstärktem Tempo fortgesetzt. Bereits am Montag hat das Niveau der Lebenshaltungskosten den Inflationskassen Vorkriegsstand überschritten. Seitdem aber sind die Preise wesentlich weiter gestiegen.

## Die Preisbewegung seit Montag.

Inwieweit der Index bereits durch die tatsächliche Teuerung überholt ist, sei an der Hand der im Kleinhandel gezahlten Preise einiger wichtiger Waren dargestellt. Da der Index die am Montag ermittelten Preise umfaßt, sind nachstehend die Preise vom letzten Montag und Mittwoch verglichen (Preise in Millionen Mark):

	17. Septbr.	19. Septbr.
1 Pfund Rindfleisch	20-24	25-34
1 „ Hammelfleisch	16-21	30-35
1 „ grüne Heringe	2-2,4	7
1 „ Scheffelsch.	2	7
1 „ Schmalz	22-25	30-40
1 „ Margarine	16-20	28-30
1 „ Weizen	0,7	1,2
1 Ei	1,0	2,4

Die Teuerung ist also in den letzten drei Tagen außerordentlich rasch fortgeschritten, der Index dementsprechend längst überholt. Bei der Anhebung der amtlichen Maßziffer der Lebenshaltungskosten ist also zu berücksichtigen, daß bei den wichtigen Marktwaren Preissteigerungen von 50 bis 250 Prozent eingetreten sind; besonders auffallend ist dabei, daß die als Fleischersatz jetzt viel benutzten Seefische sich noch stärker verteuert haben als andere Waren.

## Die Steigerung der Großhandelspreise.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 11. bis 18. September um 212,8 Proz. auf das 36 Millionenfache des Friedensstandes gehoben. Der Dollar stieg in der gleichen Zeit von 66,2 Millionen Mark auf 150 Millionen Mark oder um 126,6 Proz., so daß das Goldniveau der Großhandelspreise wieder eine Aufwertung von 73 Proz. Gold auf 100,8 Proz. Gold erfuhr.

Diese Bewegung wird vornehmlich durch die Gruppe der Inlandswaren herbeigeführt, die infolge der Neuregelung der Kohlenpreise sowie der amtlichen Abgabepreise für Brotgetreide um 244,8 Proz. auf das 33,3 Millionenfache des Friedensstandes während die Einfuhrwaren mit einer Aufwertbewegung um 138,3 Proz. auf das 49,5 Millionenfache die Steigerung des Dollarkurses nur um ein geringes überstieg.

## Der Fortgang der Wirtschaftskrise.

Immer weiter greift die Absatzkrise mit ihren verheerenden Folgen für die Beschäftigung der Industrie und den Arbeitsmarkt. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ verläuft die teilweise Belegung des Auftragselings, die noch im Juli zu verzeichnen war, im August, und es trat fast allgemeiner Absatzmangel ein. Das außerordentliche Ansteigen der Preise, das von dem Einzug der Mark ausgelöst wurde, brachte die Kaufkraft immer weiterer Kreise zum Erlahmen und verschärfte die Kapitalknappheit, die sich für viele Werte, besonders für die kleineren und für die handwerklichen Betriebe zur Kapitalnot steigerte. Daher ist in einer größeren Zahl von Unternehmungen Kurzarbeit eingetreten. Nach den einzelnen Berichten, die von Industriebetrieben an das Reichsarbeitsamt erstattet wurden, hat sich der Beschäftigungsgrad wesentlich vermindert. Nur 19 Proz. gegen 20 Proz. im Vormonat von der erfahrenen Arbeiterschaft war in gut beschäftigten Betrieben tätig. 38 Proz. gegen 42 Proz. arbeiteten in befriedigend beschäftigten Betrieben, die Zahl der Arbeiter, die sich auf schlecht beschäftigte Betriebe bezieht, erhöhte sich von 38 Proz. im Juli auf 43 Proz. im August. Die Geschäftsaussichten wurden im allgemeinen als nicht günstig bezeichnet. Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades erstreckte sich in letzter Zeit ziemlich gleichmäßig auf fast alle Industriezweige.

Die Berichte, die über den Arbeitsmarkt aus der Zeit nach Ende August vorliegen, bestätigen, daß die Arbeitskrise ihren Fortgang nimmt. So rechnet der letzte Wochenbericht über die Arbeitsmarktlage in Berlin in der nächsten Zeit mit einer Steigerung der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit. Allein in der letzten Woche ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 18 000 auf 126 393 gestiegen. Der schlechte Beschäftigungsgrad, der auch hier fast alle Gewerbezweige betroffen hat, ist neuerdings auch in solchen Industrien zu verzeichnen, die wie die Gasindustrie bisher noch verhältnismäßig gut beschäftigt waren. In fast allen Berufen überwiegt die Nachfrage der Arbeitssuchenden das Angebot nach offenen Stellen.

Gegen die Lieferungsbedingungen der Kohlenzweige sind die Kohlenhändler in dieser Zeit getreten, weil sie die ihnen angerechneten Kohlenpreise zu einem Umrechnungsturs zahlen sollen, den die Sandlöhle wirtschaftlich festlegen dürfen. Dem Protest hat sich der Verband der Wasser- und Gasfachleute auf einer Tagung in Giesend, die von den Direktoren aller großen Gas- und Wasserwerke in Deutschland besucht war, angeschlossen, weil die von den Gruben gegenwärtig verlangten Zahlungsbedingungen für die Werke unhalbar seien und zu den schwersten wirtschaftlichen Krisen führen müßten. Das Reichswirtschaftsministerium will nun eine Vermittlung zwischen den geklammerten Verbrauchern und den Kohlenproduzenten übernehmen. An den Kreisen der Zechenbesitzer ist man auch wohl inzwischen selbst zu der Ansicht gekommen, daß das gegenwärtige Zahlungssystem nicht haltbar ist. Das Riederläufiger Braunkohlenhandikat wird bereits am heutigen Donnerstag zu der Angelegenheit Stellung nehmen und wahrscheinlich eine Änderung beschließen. Die öffentlichen Werke verlangen, um ihre Wirtschaftlichkeit wahren und überhaupt noch eine systematische Tarifberechnung vornehmen zu können, daß für die Bezahlung nicht der Tag des Zahlungseinganges festgesetzt wird, sondern daß der Kurs zugrundegelegt wird, der am Tage des Abganges der Kohle von den Zechen bestand. Es ist zu erwarten, daß der Reichskohlenverband sich in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit weiter beschäftigt.







# Der Raehne-Sprössling.

## Ein Denktzettel für v. Raehne junior.

Der vor dem Schöffengericht Werder gestern verhandelte Raehne-Prozess, über dessen Ausgang wir bereits in der gestrigen Abendausgabe kurz berichteten, hatte aus Werder und Umgegend eine beträchtliche Zuhörerschaft herbeigelockt. Besonders die dem jungen v. Raehne so sehr verhassten Blindower wollten sich nicht das Vergnügen entgehen lassen, ihn wieder einmal auf der Anklagebank zu sehen. Herr Karl v. Raehne junior, der jetzt 29 Jahre alte Sohn des Gutsherrn von Pehom, war angeklagt, im Mai d. J. in der Forst des Gutsnachbarn v. Kochow einen beim Holzdiebstahl betroffenen Arbeiter Lucas aus Blindow schwer mißhandelt und dessen um Hilfe rufende Frau mit dem Gewehr bedroht zu haben. Mit dieser Anklage war eine zweite verbunden, die ihm zur Last legte, im Januar d. J. eine auf Raehneschem Gelände angetroffene Gruppe des Charlottenburger Wandervogelvereins „Frischluft“ beschimpft und den sie führenden Bankbeamten Torgeler schwer mißhandelt und ihm samt seinen Begleitern mit Schüssen gedroht zu haben. In beiden Fällen hatte er auch das gegen ihn ergangene Waffenverbot übertreten.

Der Angeklagte benahm sich diesmal sehr viel vorsichtiger als in dem ersten Termin, der im Mai d. J. stattfand, aber mit Berichtigung erwiderte. Wieder behauptete er, von Lucas und von dessen Frau mit dem Beil bedroht worden zu sein, so daß er den Widerstand des gegen die Festnahme sich Sträubenden durch Schläge habe brechen müssen. Aber er gab die Mißhandlung diesmal nicht mehr so rückhaltlos zu und schiederte sie nicht wieder in den abstoßenden Strafzweck eines Menschen, dem man anmerkte, daß er seine Tat nicht bedauerte. Im vorigen Termin erzählte er offen: „Dann habe ich ihn anständig verledert. Er hat Backpfeifen gekriegt, wo es hinter und sah. Dann war er befriedigt und ich brachte ihn zu dem v. Kochowden Förster Wiesbach.“ Diesmal dagegen wollte er glauben machen, er habe Lucas, der ihn hieß, „schärfer angefaßt“ und bei dem Hin- und Herstoßen sei seine Hand ein paarmal nach dem Gesicht des Lucas gekommen. Man beachte diesen Wechsel der Darstellung, der das Charakterbild des Angeklagten v. Raehne um einen neuen Zug bereichert. In seinen Angaben über Frau Lucas fand er ungefragt den früheren Ton wieder. Sie habe, sagte er, „gebrüllt“, darum habe er ihr zugerufen: „Halten Sie die Schnauze! Er schloß: „Das Geplärre, das sie da aufführte, ist doch nicht der Rede wert.“ Demgegenüber befandeten Lucas und Frau, sie hätten v. Raehne nicht bedroht. Er habe Lucas an die Kehle gepackt und ihn so geschlagen, daß er das Bewußtsein verlor und ihm dann sogar einen Strich um den Hals gelegt. Frau Lucas habe er bedroht, er werde sie, wenn sie nicht die Schnauze halte, über den Haufen schießen. Eine andere Zeugin, die in der Nähe gearbeitet hatte, befandete, auf das Mißgeschick sei sie herbeigelaufen, aber auch sie sei mit Schlägen bedroht worden. Der Angeklagte wollte gegen die Eheleute die Verbindung des Försters Wiesbach ausspielen, vor dem sie zu v. Raehnes Behauptung, daß er mit dem Beil bedroht worden sei, geschwiegen hätten. Von den Wandervogeln behauptete v. Raehne, sie seien über den gepflügten Acker gegangen, da habe er sie, weil sie auf Anruf „nicht Order parierten“, durch einen Signalfuß gestellt. Er habe ihnen nur gesagt, sie sollten sich nicht wie Laufjungen benehmen. Dem Führer habe er auf die Bemerkung „Erlauben Sie Wall“ (der Angeklagte ahmte den angeblich herausfordernden Ton nach) eine Backpfeife gegeben. Torgeler und zwei seiner Freunde befandeten als Zeugen, auf einem Feldweg seien sie gegangen. Bei v. Raehne habe Torgeler sich höflich entschuldigt, dieser aber habe ihn sofort einen „dummen Laufjungen“ genannt und ihn mit der Faust gegen Ohr, Nase und Schläfe geschlagen, so daß später Erbrechen eintrat. Sie seien durch v. Raehne, indem er drohte, ihnen „eine Kugel in die Knochen zu schießen“, genötigt worden, nach dem Wald zurückzugehen, und zwar diesmal gerade über den gepflügten Acker. Daß Torgeler und seine Begleiter sich nicht herausfordernd benommen haben können, sah man an ihrem Verhalten vor Gericht auf den ersten Blick.

Erster Staatsanwalt Gerlach, der von Potsdam herübergekommen war, um selber die Anklage zu vertreten, betonte, daß v. Raehne eine Gefahr für Blindow und Umgegend sei. Wer dorthin kommt, muß gewärtig sein, daß er blaue Bohnen

zwischen die Rippen kriegt. Deshalb müsse energisch gegen v. Raehne eingeschritten werden. Das Gewehr liege bei ihm los, aber das werde das Gericht ihm abgewöhnen. Auch gegenüber Torgeler, der sich durchaus höflich benahm, habe bei v. Raehne sich das Herrenbewußtsein gezeigt. Der Staatsanwalt beantragte wegen der im Fall Torgeler begangenen Beleidigung, Mißhandlung und Nötigung und wegen der im Fall Lucas begangenen Mißhandlung und des Nötigungsversuches neun Monate und zwei Wochen Gefängnis, außerdem wegen der Übertretung des Waffenverbotes 600 000 M. Geldstrafe. Mit Rücksicht auf v. Raehnes Vorstrafen, die ihn hätten warnen müssen (vor zehn Jahren stand v. Raehne als ein Neunzehnjähriger zum ersten Male vor Gericht) und „wegen der bewiesenen außerordentlich rohen und gemeinen Geinnung“ sei eine Freiheitsstrafe geboten. Rechtsanwalt Dr. Reumond, Berlin wollte die Sache als aufgekauft hinstellen und behauptete, das ganze Strafverfahren sei eine Konzeption an die Strafe. Der junge v. Raehne dürfe nicht ein Opfer der Volkserregung werden, die tatsächlich nur dem alten v. Raehne gelte. Mit dem Vater sei der Sohn zerfallen, wolle er dessen Ansichten nicht teilen.

Das Gericht erkannte, wie bereits gemeldet, auf neun Monate Gefängnis und 600 000 M. Geldstrafe. Es sah den Angeklagten als in allen Punkten überführt an und hatte auch keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen Lucas. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, das Gericht habe die Überzeugung, daß v. Raehne nur bei einer nachdrücklichen Bestrafung sich ändern werde. Das Urteil wurde von der Zuhörerschaft mit Befriedigung aufgenommen.

### 'mal was anderes!

Meine kleine Familie ist in dieser stichlosen Zeit — so schreibt uns ein Mitarbeiter — ein harter Verbraucher von Pflanzenfett, mit dem bekanntlich alles Mögliche angerichtet wird. Am letzten Freitag gab es Gek. Meine Frau kauft, wie üblich, ihre Tafel Kotosfett. Jetzt für das Pfund 22 Millionen. Es ist draußen in einem Berliner Vorort, wo man gerade nicht immer billig zu sein pflegt, schon deshalb nicht, weil man „dem Lande näher“ ist. Am Montag darauf gehe ich durch die Markthalle in der Lindenstraße und sehe dort Kotosfett, die Tafel zu 21 Millionen. Der Dollar war inzwischen von 90 auf 132 Millionen gestiegen. Aber wer beschert das gemeinsame Erstaunen von meiner Frau und mir, als wir beim Morgeneinkauf des folgenden Tages in einem Geschäft, dessen Güte wir nun nachgerade kennen, Pflanzenfett mit 19 1/2 Millionen angeboten erhalten? — Man ich bei dem bisherigen Preisstauwerk allerhand gewöhnt. Daß die Preise von Stunde zu Stunde schwanken und in den verschiedenen Geschäften verschieden sind, gehört zur täglichen Erscheinung, daß aber an drei Tagen steigenden Dollarkurses dieselbe Ware von 22 auf 19 1/2 Millionen sinkt, ist direkt ein Trost in dieser traurigen Zeit. Da rede einer noch von Teuerung!

Aber es sollen nun auch einige wissen, welches das dritte Geschäft war, wo es noch am Dienstag die billige Pflanzenbutter gab: es war eine Warenverteilungsstelle des Konsumvereins Groß-Berlin und Umgegend. Dieser einzige Einkauf ersparte mir 1 1/2 bis 2 1/2 Millionen Mark, gemessen an den Vorkurspreisen der beiden anderen Geschäfte. Dabei noch nicht berücksichtigt ist, daß wahrscheinlich am Dienstag auch die beiden anderen Läden infolge des gestiegenen Dollarkurses ihre Preise heraufgesetzt haben. — Wenn jetzt der Konsumverein seinen Mitgliedsanteil auf 50 Millionen Mark erhöht, so mag der einzelne Verbraucher an dem vorliegenden Beispiel erkennen, wie schnell sich eine solche Leistung bezahlet macht. Und er wird gern die Summe aufbringen, wenn er weiß, daß dadurch seine Genossenschaft in die Lage versetzt wird, die infolge zweckmäßiger Verteilung bedeutend billigere Ware in ausreichender Menge zu beschaffen. Denn das kann sie heute vielfach noch nicht. Darum ist es Pflicht und Eigeninteresse jedes Genossenschafters, an der Stärke seines Betriebes nach bester Kraft mitzuarbeiten!

### Die Kokainfalle.

Buße im Werte von 5 und 20 Zentnern Briketts. In die Praxis der Kokainschnupper, in eingeweihten Kreisen „Kosjer“ genannt, leuchtete eine Verhandlung vor dem Wuchergericht II hinein. Wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln bzw. Vergehen gegen das internationale Abkommen über den Verkehr mit Opium hatten sich der Kaufmann Ludwig Schröder, der Kaufmann Hans Ferrbach und der Apotheker Löwy zu verantworten.

Der erste Angeklagte sollte angeblich für einen argentinischen Arzt drei Kilogramm Kokain besorgen. Schröder wandte sich durch Vermittlung des Apothekers Löwy an Ferrbach, der sich um die Beschaffung des Kokains bemühte. Ehe jedoch die Lieferung erfolgte, erhielt die Polizei Wind von der Angelegenheit und die Folge war die jetzige Anklage. Vor Gericht machten zunächst die Verteidiger Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Wuchergerichtes, das sich nur mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu befassen habe. Die Angeklagten selbst behaupteten, daß sie das Opfer von Polizeispitzeln geworden seien, die die ganze Angelegenheit eingefädelt hätten. Das Wuchergericht erklärte sich jedoch für zuständig. Im Sinne der neuen Wuchergerichtsordnung liege es, die Zuständigkeit des Wuchergerichtes nicht einzuschränken, sondern vielmehr auszuweiten. Es sei möglich, daß die Polizei den Angeklagten eine Falle gelegt habe. Das könne die Angeklagten aber nicht entlasten. Die Behörde pflege sich in solchen Fällen nur an Beute zu wenden, die im Verdacht stehen, derartige verbotene Geschäfte zu betreiben. Der unbefugte Handel mit Kokain wurde vom Gericht als eine große Gefahr bezeichnet. Während betrachtete es das Gericht nur, daß die Angeklagten nicht gewerbsmäßig gehandelt haben. Sie wollten nur mit dem beliebigen Schiebungsmittel Kokain einmal Geld verdienen. Eine Geldstrafe konnte für das Gericht nicht in Frage kommen, weil der Strafrahmen nicht ausreichte. Das Gericht hätte höchstens auf 100 Millionen Mark erkennen können und dieser Betrag sei unter den heutigen Verhältnissen eine zu geringfügige Strafe. Das Gericht erkannte gegen Schröder und Ferrbach auf je einen Monat Gefängnis, gewährte den Angeklagten jedoch Bewährungsfrist mit der Bedingung, daß Schröder eine Buße im Werte von 20 Zentnern Briketts leiste. Löwy wurde freigesprochen.

### Von „Samaritern“ bestohlen.

Von „barmherzigen Samaritern“ wurde ein Juwelier um Schmuckfachen im Werte von vielen Milliarden bestohlen. Der Juwelier wohnt in Charlottenburg und hat im Zentrum Berlins seine Werkstatt. Am 15. d. M. war er mit einer Tasche mit vielen Ohrringen, Broschen, Anhängern sowie losen Juwelen auf dem Heimweg. Vor dem Hause Königsweg 31, am Bahngelände, kam er an einem Baugerüst zu Fall und schlug dabei so heftig mit dem Kopf auf das Straßengestühl auf, daß er für kurze Zeit die Besinnung verlor. Straßenpassanten nahmen sich seiner an. Einer dieser „Samariter“ benutzte die Gelegenheit, um ihm die Tasche mit den Schmuckfachen zu stehlen. Auf die Wiederbeschaffung des Inhalts ist eine Belohnung von 20 Milliarden Mark ausgesetzt. Nachrichten über den Verbleib der Juwelen nimmt Kriminalkommissar Rauf beim Polizeiamt Charlottenburg entgegen.

### Wieder erhöhte Tarife bei der Hochbahn.

Die Hoch- und Untergrundbahn marschiert jetzt mit an der Tariffront der Berliner Verkehrsunternehmungen. Bereits ab Freitag, den 21. d. M., wird sie ihre Tarife erneut erhöhen. Folgende Fahrpreise sollen erhoben werden: 3. Klasse 1 500 000 M., 2. Klasse 2 000 000 M., 1. Klasse 2 500 000 M. Blots zu 10 Karten kosten: 3. Klasse 13 000 000 M. und 18 000 000 M., 2. Klasse 18 000 000 M. und 22 500 000 M. Wochenkarten zu 12 Fahrten für die ganze Strecke kosten: 3. Klasse 18 000 000 M., 2. Klasse 22 500 000 M. Die jetzigen Fahrkarten können in der Weise weiterbenutzt werden, daß zwei Stück derselben Sorte für eine Fahrt verwendet werden, sie werden aber auch an allen Schaltern zurückgenommen.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Stadtverordneter Genosse Radtke-Neufölln hat, weil sein Amt eines Stadtrats für den Verwaltungsbereich Neufölln ihn soll in Anspruch nimmt, sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Sein Nachfolger in der Stadtverordnetenversammlung ist Genosse Willi Großmann-Neufölln.

81]

## Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

Sie nickte: „Das ist der ganze Unterschied: Wir haben Vertrauen zu den Menschen. Sie nicht!“

Nach dieser Gerichtsverhandlung war ich nicht mehr imstande, mich in die Geschäfte zurückzufinden. Ich nahm Urlaub, und angestrengt arbeitete ich an dem Problem „Organisation der Weltproduktion“. Je mehr ich darüber nachdachte, um so größer und klarer erschien mir die Aufgabe. Es ward mir dann auch möglich, mich mit meiner ehemaligen Geliebten über einzelnes auseinanderzusetzen, und sie hat mich bestimmt, nach Europa zurückzukehren und von dort aus an dem Projekt weiterzuarbeiten.

Das ist der Grund, weshalb ich Sie, liebe Mutter, bald zu sehen hoffe, und damit dies ja fröhlich und glücklich der Fall sein kann, deshalb müssen Sie Sorge tragen, daß Sie wieder gesund und munter werden.

Aufs herzlichste grüßt Sie Ihr alter treuer Sohn  
Kilian.

Anmerkung: Dieser Brief fand sich im Nachlaß Kilian Billwangers. Der Umschlag trug den Vermerk: Unbestellbar. Adressat gestorben.

### Achtes Kapitel.

Im Direktionszimmer der „Europäischen Verkehrsbank“ in Zürich warteten an die zehn Personen, trotzdem die Sprechstunde noch nicht begonnen hatte. Eben trat noch ein junger Mann mit einer Studentenmütze ein, ging auf den Diener zu und sagte: „Ich wünsche als erster vorgelassen zu werden.“

Wieso? fragte des Dieners verwunderte Augen.

Der Student wies auf seine Karte.

„Ach so? Ein Verwandter? Wollen sehen.“

Da ging die Glocke des Direktors.

„Nummer Eins!“ rief der Diener.

Ein hämmiger, vielleicht sechzigjähriger Mann mit aufgeweichtem Gesicht und weißen Bartsephen erhob sich und ging hüftelnd hinter dem Diener her.

Am Direktionszimmer erhob sich Kilian Billwanger, ein sorgfältig gekleideter, straffer Herr, mit hellen Augen und leicht übergrauten Schläfen.

„Herr Nationalrat Hangeler,“ sagte er grüßend, „Sie kommen wegen der Verhabe mit dem Gubbout?“

„Gewiß,“ hustete der andere, „ich möchte Sie dringend davor warnen.“

„Das haben Sie ja bereits schriftlich getan. Trotzdem müssen wir die Sache finanzieren.“

„In diesem Falle“, plägte Hangeler heraus, „bin ich beauftragt, Ihnen das ganze Kapital unserer Gesellschaft zu kündigen.“

„Was wollen Sie damit erreichen? Ich darf Ihnen veraten, daß wir vor dem Abschluß eines Weltverbandes sämtlicher Baufirmen stehen. Die von Ihnen gefürchtete Gefahr durch das neue Bauverfahren wird also nicht eintreten, weil die Reuierung sofort allen zur Verfügung steht und der Gesamtverband nur das eine Interesse hat, rationaler zu arbeiten.“

Der andere laute heftig an irgend etwas, wodurch seine Bartsephen in große Bewegung kamen und sagte dann: „Glauben Sie an diesen Zauber?“

„Wie?“ fragte Kilian scharf.

„Glauben Sie, daß mit der fortschreitenden Verstrahlung der Welt irgend etwas erreicht ist?“ wiederholte Hangeler.

„Alles!“ erklärte Kilian sehr bestimmt.

„Wirklich?“ — Ahm, man hört mancherlei. Kürzlich wollte einer wissen, ein gewisser hiesiger Bankdirektor sei Leiter einer Geheimorganisation von Kapitalisten zur Abschaffung des Kapitalismus!“

„Was Sie nicht sagen!“

„Wohin fand ich in Ihrem Vorzimmer die berüchtigte Schrift „Weder Anarchismus noch Kapitalismus!“ — Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß mich dies einigermaßen überraschte.“

„Sie mißtrauen mir?“

„Mißtrauen? Wer heute Geschäfte macht, dankt es zur Hälfte und mehr seiner Vorsicht, seinem Mißtrauen.“

„Sehen Sie,“ lachte Kilian und bot jenem die Hand zum Abschied, „darum müssen sich alle verbünden, damit sie einander nicht mehr betrügen können. Just darum!“

Hangeler lachte gezwungen, verbeugte sich unbeholfen und war draußen, ehe er sich's versah.

Der Diener übergab Kilian die Karte des Studenten und meldete dessen Verlangen. Kilian bekam einen roten Kopf. „Führen Sie ihn... Rein,“ unterbrach er sich, „soll warten, bis er an die Reihe kommt.“

Als Nummer zwei trat ein Anatol Müller ein, ein

Schwindsüchtiger im vorlehten Stadium. Kilian erschraf sehr, als er seiner ansichtig wurde.

„Warum haben Sie mir nicht geschrieben, daß Sie krank sind?“ begrüßte er den Eingetretenen.

„Ich wollte nicht als Bettler zu Ihnen kommen, sondern als Erfinder,“ sagte der andere hart und klanglos.

„Verzeihen Sie,“ sagte Kilian und wurde rot wie ein Knabe.

„Ihre Sache interessiert mich außerordentlich. Sie hat mich sogar eine schlaflose Nacht gekostet.“

„Nicht mehr als eine,“ warf der andere mürrisch ein.

„Das glaube ich Ihnen! — Aber der Gedanke wird die Zukunft haben, unbedingt! Geschosse als Transportmittel zu verwenden! Man wird in London abgeschossen und ist in vier Minuten in Paris. Mit einigen Zwischenstationen in drei- und zwanzig Minuten in New York! Den Gedanken vernehmen und als eine feststehende Tatsache daran glauben, war für mich eins. Das ist die Voraussetzung einer neuen Weltordnung. Bessere Transportmittel! — Ihren technischen Auseinandersetzungen habe ich leider nicht ganz folgen können. Deshalb wollte ich Sie persönlich sehen. Denn — verzeihen Sie — ab und zu wird unfeiner auch beschwindelt. — Aber jetzt sagen Sie mir: was brauchen Sie zur Weiterarbeit? Vor allem etwas Gesundheit, wie? Sie sind ein ehrlicher Kerl, wie? Hier haben Sie ein Scherbuch. Lassen Sie sich jeden Monat anweisen, was Sie nötig haben und vor Ihrem Gewissen verantworten können. Seien Sie nicht zu knauserig. Gehen Sie nach Davos oder wohin Sie der Arzt schickt, und nehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche. — Ja, ja, es ist schon gut. Auf Wiedersehen.“

Damit hatte Billwanger den blassen Menschen zur Türe hinausbegleitet.

Er sah nach der Uhr und griff nach dem Haustelesphon: „Sekretär Clerge, bitte. Bist du's, Thom? — Noch nichts da, von ihr? Kein Telegramm? — Ist wohl etwas passiert?“

— Du hast gut lachen, du Holunke! — Taffschick, ich bin in Unruhe. Wenn etwas kommt, schicke sofort. Good by!“

Nummer drei! Frau von Weichart, eine sehr vornehme Dame, trat ein, der Kilian mit ausgefuchter Höflichkeit entgegenkam. Es ergab sich, nachdem sie den Schleiher aufgeschlagen, daß es eine ungewöhnlich geistvolle Frau sein mußte. Mit klugen Wendungen und entzückendem Lächeln brachte sie ihr Gedächtnis vor: die Bitte für eine namhafte Unterstüzung zur Herausgabe einer ganz billigen Volksnovelle der Werke Gottfried Kellers.

(Fortsetzung folgt.)



